

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	V
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	XIII
<b>I. Einleitung .....</b>	1
A. Hintergründe zur Themenwahl .....	1
B. Zielsetzung der Arbeit .....	3
C. Aufbau der Arbeit und Themenabgrenzung .....	4
<b>II. Einkommensbegriff und objektives Nettoprinzip .....</b>	7
A. Die finanzwissenschaftlichen Grundlagen des objektiven Nettoprinzips .....	7
1. Einleitende Bemerkungen .....	7
2. Einkommensverwendungsorientierte Theorien .....	9
3. Reinvermögenszugangstheorie .....	14
4. Quellentheorie .....	17
5. Markteinkommenstheorie .....	18
6. Aus den finanzwissenschaftlichen Theorien zu gewinnende Erkenntnisse .....	19
B. Der Einkommensbegriff in den historischen Einkommensteuergesetzen .....	20
1. Der Einkommensbegriff in den österreichischen Steuergesetzen bis 1938 .....	20
(a) Personalsteuergesetz (PersStG) 1896 .....	20
(b) Reformen und Schicksal des Personalsteuergesetzes (PersStG) .....	22
2. Die Entwicklung des Einkommensbegriffs in Deutschland bis 1938 .....	23
(a) Reichseinkommensteuergesetz 1920 .....	23
(b) Das dEStG 1925 .....	24
(c) Das dEStG 1934 .....	26
3. Die Entwicklung seit 1945 .....	27
4. Aus der Rechtsentwicklung zu gewinnende Erkenntnisse .....	27
<b>III. Die gesetzliche Verankerung des objektiven Nettoprinzips .....</b>	31
A. Grundlegende Verankerung mit § 2 Abs 4 EStG .....	31
B. Abzugsfähigkeit von Aufwendungen und Ausgaben im Zusammenhang mit steuerpflichtigen Einkünften .....	33
1. Begriff der Aufwendungen und Ausgaben .....	33
2. Abzugsfähigkeit .....	37
(a) Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben gem § 4 EStG .....	37
(b) Abzugsfähigkeit von Werbungskosten gem § 16 EStG .....	39

3. Der Zusammenhang zwischen Betriebsausgaben/Werbungskosten und der Einkünfteerzielung .....	39
(a) Zusammenhang mit der Einkünfteerzielung .....	39
(b) Gleicher „Grad des Zusammenhangs“ bei Betriebsausgaben und Werbungskosten .....	40
(c) Der „Grad des Zusammenhangs“: Die Veranlassung durch die Einkünfteerzielung .....	42
C. Nicht-Abzugsfähigkeit von privaten Aufwendungen oder Ausgaben .....	45
1. Nicht-Abzugsfähigkeit der Einkommensverwendung .....	45
2. Die Bedeutung von § 20 Abs 1 Z 1 EStG für die Verankerung des objektiven Nettoprinzips .....	48
(a) Historische Analyse der Bedeutung von § 20 Abs 1 Z 1 EStG .....	48
(b) Die Bedeutung von § 20 Abs 1 Z 1 und Z 2 lit a Halbsatz 1 EStG angesichts des geltenden Betriebsausgaben- und Werbungskosten-Verständnisses .....	49
D. Nicht-Abzugsfähigkeit von Aufwendungen und Ausgaben im Zusammenhang mit nicht steuerpflichtigen Einnahmen und Erträgen .....	51
1. Abzugsverbot für Aufwendungen oder Ausgaben im Zusammenhang mit nicht steuerpflichtigen Einnahmen .....	51
2. Unmittelbarer wirtschaftlicher Zusammenhang mit nicht steuerpflichtigen Einnahmen .....	52
3. Die Bedeutung von § 20 Abs 2 TS 1 EStG für die Verankerung des objektiven Nettoprinzips .....	53
E. Die gesetzliche Verankerung des objektiven Nettoprinzips im KStG .....	55
1. Abzugsfähigkeit von Aufwendungen und Ausgaben im Zusammenhang mit steuerpflichtigen Einkünften im KStG .....	55
2. Nicht-Abzugsfähigkeit von privaten Aufwendungen oder Ausgaben im KStG .....	56
(a) Die private Sphäre von Kapitalgesellschaften .....	56
(b) Nicht-Abzugsfähigkeit der Einkommensverwendung .....	57
(i) § 8 Abs 2 und Abs 3 KStG .....	57
(ii) § 12 Abs 1 Z 1 KStG .....	60
3. Nicht-Abzugsfähigkeit von Aufwendungen und Ausgaben im Zusammenhang mit nicht steuerpflichtigen Einnahmen im KStG .....	61
(a) Abzugsverbote für Aufwendungen oder Ausgaben im Zusammenhang mit nicht steuerpflichtigen Einnahmen und Erträgen .....	61
(b) § 11 Abs 2 KStG .....	62
(c) § 12 Abs 2 TS 1 KStG .....	63

<b>IV. Die verfassungs- und unionsrechtliche Bedeutung des objektiven Nettoprinzips .....</b>	65
A. Einleitung .....	65
B. Keine verfassungsrechtliche Bedeutung des objektiven Nettoprinzips als einfache gesetzliches Rechtsprinzip .....	66
C. Verfassungsrechtliche Ansatzpunkte für die Ableitung des objektiven Nettoprinzips als Verfassungsprinzip .....	68
D. Das objektive Nettoprinzip in der Grundrechtsprüfung .....	72
1. Grundrecht auf Unverletzlichkeit des Eigentums .....	72
(a) Verfassungsgesetzliche Vorgaben .....	72
(b) Steuern und Abgaben im Anwendungsbereich des Grundrechts .....	72
(c) Das objektive Nettoprinzip und das Grundrecht auf Unverletzlichkeit des Eigentums .....	75
2. Erwerbsfreiheit .....	76
3. Gleichheitssatz .....	77
(a) Verfassungsgesetzliche Vorgaben .....	77
(b) Das objektive Nettoprinzip in der Rsp des VfGH zum Gleichheitssatz .....	80
(i) Das objektive Nettoprinzip in der vergleichenden Gleichheitsprüfung .....	80
(ii) Das objektive Nettoprinzip in der vergleichsfreien Gleichheitsprüfung .....	82
(iii) Das Erkenntnis zu den „Managergehältern“ .....	84
(c) Dogmatische Begründung des objektiven Nettoprinzips als Maßstab für den Gleichheitssatz .....	87
(d) (Begrenzte) Bedeutung des objektiven Nettoprinzips in der Gleichheitsprüfung .....	92
E. Unionsrechtliche Vorgaben .....	94
<b>V. Durchbrechungen des objektiven Nettoprinzips im Rahmen der synthetischen Einkommensermittlung .....</b>	97
A. Einleitung .....	97
B. Gemischte Aufwendungen oder Ausgaben .....	97
1. Die „Achillesferse des objektiven Nettoprinzips“ .....	97
2. § 20 Abs 1 Z 2 lit a EStG: Mischaufwendungen .....	98
3. Luxusgüter .....	101
(a) § 20 Abs 1 Z 2 lit b EStG .....	101
(b) § 12 Abs 1 Z 2 KStG .....	103
4. § 20 Abs 1 Z 2 lit c EStG: Reisekosten .....	106
5. § 20 Abs 1 Z 2 lit d EStG: Häusliches Arbeitszimmer .....	106

6. § 20 Abs 1 Z 2 lit e EStG: Familienheimfahrten .....	109
7. Abzugsverbot für Repräsentationsaufwendungen .....	110
(a) § 20 Abs 1 Z 3 EStG .....	110
(b) § 12 Abs 1 Z 3 KStG .....	113
C. Abzugsverbot für freiwillige Zuwendungen .....	114
1. § 20 Abs 1 Z 4 EStG .....	114
2. § 12 Abs 1 Z 5 KStG .....	115
D. Abzugsverbot für Schmier- und Bestechungsgelder und Strafen .....	116
1. § 20 Abs 1 Z 5 EStG .....	116
(a) Schmier- und Bestechungsgelder .....	116
(b) Strafen .....	118
2. § 12 Abs 1 Z 4 KStG .....	123
E. Abzugsverbot für Steuern .....	124
1. § 20 Abs 1 Z 6 EStG .....	124
(a) Einkommensteuer .....	124
(b) Sonstige Personensteuern .....	126
(c) Steuern im Zusammenhang mit einer unentgeltlichen Grundstücks- übertragung .....	127
(d) Umsatzsteuer für Eigenverbrauch .....	130
2. § 12 Abs 1 Z 6 KStG .....	131
F. Abzugsverbot für „Managergehälter“ und „Golden Handshakes“ .....	134
1. § 20 Abs 1 Z 7 EStG: „Managergehälter“ .....	134
2. § 20 Abs 1 Z 8 EStG: „Golden Handshakes“ .....	135
3. § 12 Abs 1 Z 8 KStG .....	138
G. Abzugsverbot für Baraufwendungen für Bauleistungen über 500 Euro .....	138
H. § 12 Abs 1 Z 7 KStG: Abzugsverbot für Aufsichtsratsvergütungen .....	139
I. Objektives Nettoprinzip und Konzerne .....	141
1. Konzernstrukturen und Zinsaufwendungen .....	141
2. § 12 Abs 1 Z 9 KStG .....	143
3. § 12 Abs 1 Z 10 KStG .....	146
<b>VI. Die Bruttobesteuerung in der Schedule .....</b>	<b>149</b>
A. Zur Schedulbesteuerung .....	149
B. Die Bruttobesteuerung in der Schedule bei Einkünften aus Kapital- vermögen .....	149
1. Von einer besonderen Erhebungsform zur Bruttobesteuerung in der Schedule .....	149
(a) Die Kapitalertragsteuer (KESt) als besondere Erhebungsform .....	149
(b) Die KESt nach der Reform 1993 .....	153
2. Die geltende Rechtslage seit dem BBG 2011 .....	154

3. Die Bruttobesteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen im Detail .....	156
(a) § 27a Abs 3 EStG .....	156
(b) § 20 Abs 2 TS 2 EStG .....	158
(i) Entwicklung und Funktion von § 20 Abs 2 TS 2 EStG .....	158
(ii) Anwendungsbereich .....	160
(iii) Unmittelbarer wirtschaftlicher Zusammenhang .....	161
(c) Bruttobesteuerung und die Regelbesteuerungsoption gem § 27a Abs 5 EStG .....	162
(d) Anschaffungsnebenkosten .....	164
4. Verfassungsrechtliche Absicherung der Bruttobesteuerung mit dem Endbesteuerungsgesetz (EndBG) .....	165
(a) Wirkung des EndBG .....	165
(b) Anwendungsbereich des EndBG .....	167
(c) Bruttobesteuerung gem § 2 EndBG .....	169
(d) Bruttobesteuerung von Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen und Derivaten .....	170
(e) Bruttobesteuerung im Fall der Regelbesteuerungsoption? .....	173
C. Die Bruttobesteuerung in der Schedule bei Einkünften aus Grundstücksveräußerungen .....	177
1. Vom Spekulationstatbestand zur Bruttobesteuerung in der Schedule: Die geltende Rechtslage seit dem 1. StabG 2012 .....	177
2. Die Bruttobesteuerung von Einkünften aus Grundstücksveräußerungen im Detail .....	179
(a) § 4 Abs 3a und § 30 Abs 3 EStG .....	179
(b) § 20 Abs 2 TS 3 EStG .....	180
(i) Entwicklung von § 20 Abs 2 TS 3 EStG .....	180
(ii) Anwendungsbereich .....	181
(c) Bruttobesteuerung und die Regelbesteuerungsoption gem § 30a Abs 2 EStG .....	182
3. Verfassungsrechtliche Überlegungen und kritische Würdigung der Bruttobesteuerung von Einkünften aus Grundstücksveräußerungen .....	184
D. Bruttobesteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen und Immobilienveräußerung im KStG .....	187
1. Allgemeines zur Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen und Grundstücksveräußerungen bei Körperschaften .....	187
2. § 7 Abs 3 KStG-Körperschaften .....	187
3. Körperschaften außerhalb des § 7 Abs 3 KStG .....	189

(a) Bruttobesteuerung im außerbetrieblichen Bereich .....	189
(b) Bruttobesteuerung im betrieblichen Bereich? .....	191
(i) Bruttobesteuerung der betrieblichen Einkünfte aus Kapitalvermögen gem § 12 Abs 2 TS 2 KStG .....	191
(ii) Bruttobesteuerung der betrieblichen Einkünfte aus Grundstücksveräußerung gem § 12 Abs 2 TS 3 KStG .....	193
<b>VII. Conclusio .....</b>	<b>195</b>
A. Inhalt des objektiven Nettoprinzips .....	195
B. Grenzen des objektiven Nettoprinzips .....	196
C. Zustand des objektiven Nettoprinzips .....	197
D. Bedeutung des objektiven Nettoprinzips .....	199
<b>VIII. Quellenverzeichnis .....</b>	<b>201</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>225</b>